

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zu: Ganzes und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 48.

Charlottenburg, Freitag, den 26. November 1920.

Jahrg. 47.

Was wollen wir in der Sozialisierung erreichen?

Von H. Schmidt.

S. A. R. Die Gegner der Sozialisierung behaupten vielfach, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihren Sozialisierungsplänen nur einer Laune der Arbeiterschaft nachgebe und die Schwere des Problems verkenne. Weder das eine noch das andere ist richtig. Die Forderung der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist eine den Sozialismus begründende. Die Schwere des Problems ist besonders in der gegenwärtigen Zeit nicht zu unterschätzen und deshalb auch die vorsichtige Form bei der Umgestaltung und Neuordnung zur sozialistischen Produktionsweise. Es wäre ein sehr gewagtes Experiment, eine ganz unter den Schwankungen der Konjunktur, der Lage des Weltmarktes, den Nachwehen des Krieges unsicher sich entwickelnde Industrie aus ihrem natürlichen Entwicklungsgange herauszunehmen. Das Mißlingen, wie es die russische Sozialisierung oder kommunistische Organisation zeigt, ist der beste Beweis dafür, daß nicht übereilt ans Werk gegangen werden darf und eine allgemeine, gleichzeitige Umstellung aus der kapitalistischen Produktion zur sozialistischen nicht möglich ist.

Daß dem Projekt sehr viele Gegner den Kampf ankünden, ist nur zu leicht erklärlich, denn das kapitalistische Interesse ist nur zu eng verknüpft mit dem Beibehalten des gegenwärtigen Zustandes. Aber lassen wir uns nicht auch im eigenen Kreise von einigen Argumenten unserer kapitalistischen Gegner irreführen? Da ist zunächst die Behauptung, daß die persönliche Initiative des Unternehmers für die Entfaltung des Unternehmens von entscheidender Bedeutung ist. Ich stelle dem entgegen: Kann nicht auch die Initiative des Arbeiters sehr viel Nützliches schaffen, wenn wir sie erst einmal eingeschaltet haben? Bisher war es dem Arbeiter gar nicht vergönnt, durch eine Mitbeteiligung zu zeigen, wie er sich hier bewährt. Wir sprechen von einem bürokratischen System in der Verwaltung der Staats- und Kommunalbetriebe und haben doch bisher nicht einmal versucht, in diesen Betrieben die Arbeiter zur Tätigkeit in der Verwaltung heranzuziehen. Wir suchen nach einer Sozialisierung der Betriebe und gehen an denjenigen vorbei, die heute schon aus der kapitalistischen Wirtschaft herausgenommen sind; wenigstens insofern, als sie Profite nicht kapitalistischen Interessen zuführen, sondern der Allgemeinheit. Gewiß, die Erfahrungen mit einigen radikalen Betriebsräten sind nicht die besten, aber wir werden auch hier zu einer Klärung kommen und es werden sich die tüchtigen Leute durchsetzen, nicht die großen Schreier. Sollte wirklich in einem Betrieb, in dem die Vertretung der Arbeiter mit zur Verwaltung herangezogen wird, der technische oder kaufmännische Fortschritt des Unternehmens in Gefahr kommen? Im Einzelfall kann es passieren, wie aber auch der beste Unternehmer sich gegen Änderungen im Betrieb ablehnend verhalten kann und erst nach Erfahrungen in Konkurrenzbetrieben einsieht, daß seine Zweifel nicht begründet waren. Der Arbeiter wird jeden technischen Fortschritt, der eine Erleichterung in der Arbeitsleistung oder einen Schutz gegen Gefahren des Betriebes bietet, eifrig fördern. Man verlange nur im Anfang nicht gleich zuviel; alle Erfahrung spricht dafür, daß ein ungebärdiges Benehmen noch immer am besten gedämpft wird dadurch, daß man die Aufbegehrenden zur praktischen Arbeit mitheranzieht. Gewiß soll das Geschick eines tüchtigen Unternehmers, eines Direktors, Technikers und kaufmännischen Leiters auch künftig dem Unternehmen erhalten bleiben. Wir täuschen uns sehr oft über die Bedeutung einer einzelnen Person im Unternehmen, denn nicht selten ist es die Kollektivarbeit mehrerer, die den einzelnen hervortreten läßt.

Schalten wir die Arbeitervertreter in die Verwaltung ein. Die Zeit drängt heute, dem Verlangen entgegenzukommen, weil das alte autokratische Regiment auch im Wirtschaftsleben nicht haltbar ist. Wie wenig übrigens die allgemeine Behauptung zutrifft, daß der Staatsbetrieb rückständig ist, mag an einem Beispiel dargetan werden. Als wir die schweren Schnellzugmaschinen an Frankreich ablieferten, ergab sich, daß die privaten französischen Gesellschaften in ihrem Betrieb einen so leichten Unterbau hatten, daß unser Material nicht zu benutzen war. Gewiß kein Beweis für die Ueberlegenheit der privaten Gesellschaft, die aber auch sonst weder im Betrieb noch im Wagenmaterial den Vergleich mit den deutschen Eisenbahnen aushält. In anderen Ländern sieht es nicht besser aus. Natürlich müssen wir die Vergleiche der Zeit vor dem Kriege entnehmen. Wäre es nicht das Nächstliegende, daß bei einer Sozialisierung des Kohlenbergbaues ein großes Laboratorium und eine Versuchsanstalt eingerichtet würde, um Forschungen auf chemischem und technischem Gebiet nachzugeben, die heute in den vielen Einzelunternehmungen mit den gleichen Mitteln gar nicht möglich sind. Jede erprobte neue Erfindung könnte unmittelbar zur allgemeinen Einführung kommen, es bestände kein Hindernis mehr, während heute das Privatinteresse sich oft dem verschließt.

Der Vorteil, den die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vor allen anderen Unternehmungen bietet, liegt in der vollen Ausnutzung des Betriebes ohne einen Mangel an Absatz für absehbare Zeit. Diese günstigen Bedingungen hat keine andere Industrie gegenwärtig. Deshalb kann das Projekt nicht fehlschlagen und können hier die nötigen Erfahrungen gesammelt werden.

Allerdings müssen wir uns hüten, unsere Erwartungen zu überspannen. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Bergarbeiter annehmen würden, die Entlohnung würde sich weit über das Niveau der übrigen Arbeiter erheben, da ja der Kapitalismus seinen Profits verlustig geht. Die Profitrate, verteilt auf den Arbeitslohn, würde einen sehr geringen Anteil ausmachen. Der Geschäftsführer des Reichskohlenrates, E. Köngeter, hat über die Grundlagen der Preisbestimmung nach Ergebnissen einer Umfrage bei 20 Werken folgendes festgestellt:

Es verteilen sich die Gestehungskosten für eine Tonne Steinkohle wie folgt:	
Löhne und Gehälter	93 M.
Holz	15 "
Betriebsmaterial	40 "
Steuer, Abgaben, soz. Versicherung	22 "
Zuschlag für Wohnungsbau	6 "
Kohlensteuer und Umsatzsteuer	40 "
Gandel	7 "
Unternehmergewinn	2 "
225 M.	

Der Bergbauberein Essen kommt zu ähnlichem Ergebnis. Selbst wenn man annimmt, daß von dieser Seite der Unternehmergewinn etwas dürftiger dargestellt wird, als es bei kritischem Zusehen geschehen würde, so bleibt auf alle Fälle der Gewinnanteil im Vergleich zum Lohn gering.

Die Aufgabe der Sozialisierung muß es sein, das Interesse des Arbeiters für den Betrieb wachzurufen. Das kann nicht geschehen durch die Ausgabe kleiner Aktien für die Bergarbeiter, wie es jetzt die Herren Bögeler und Stinnes vorschlagen, sondern dadurch, daß der Lohnanteil mit der höheren Leistung des Unternehmens wächst. Will ich den Direktor des Werkes am Erfolg des Unternehmens teilnehmen lassen, um seinen

Eifer anzuspornen, so ist das gleiche für die Arbeiter erforderlich. Die Sozialisierungskommission hat in ihren Vorschlägen auch diesen Weg betreten.

Diese höhere Leistung tut uns bitter not und wir erreichen sie nicht mit dem kapitalistischen System. Erlangen wir es in der Sozialisierung, kann die Industrie wieder mit Kohle genügend versorgt werden und Kohle nach dem Ausland gehen, ohne unsere Produktion zu schädigen, dann wird das die beste Empfehlung, aber auch die Probe für den Erfolg sein.

Komme man nicht mit dem Einwand, daß ein solcher Anreiz zu gesteigerter Arbeitsleistung sozial bedenklich ist. Es wird ein Unterschied zu machen sein, ob der Arbeiter für ein Unternehmen seine Kräfte einsetzt, aus dem einige tausend Aktionäre ihre Dividende beziehen, oder ob er einem Werk die Dienste leistet, das der Gesamtheit gehört. Damit rechtfertigt sich der Anspruch. Aber es wäre irrig, anzunehmen, daß aus rein ideellem Empfinden des Arbeiters die Leistung eine höhere wird, sobald er sich nicht mehr im kapitalistischen Interessentkreis befindet. Nein, wir müssen heute noch mit einem materiellen Anreiz rechnen und werden ideale Beweggründe für eine künftige Zeit zurückstellen.

Daraus folgt nun weiter, daß in einem sozialisierten Betrieb nicht die Lohnfrage mit den Mitteln gelöst werden darf, die im freien kapitalistischen Betriebe in Anwendung kommen. Im sozialisierten Betrieb richtet sich der Streik nicht gegen private kapitalistische Interessen, sondern gegen das Gemeinwesen, in dessen Besitz die Bergwerke sind. Mit der Lösung, daß nach der Sozialisierung um so öfter der Lohnkampf einsetzen kann auf Kosten der Volksgemeinschaft, werden wir nicht einverstanden sein können. Deshalb bleibt eine wichtige Frage die Regelung des Lohnes in anderer Form als bisher. Sind in der Verwaltung Arbeiter und Angestellte, so muß hier zunächst die Entscheidung fallen und eine zentrale Berufsinstanz im Reichswirtschaftsrat oder später in Verbindung mit dem Reichsarbeiterrat geschaffen werden. Hier kommt die Sache vor ein Forum, in dem auch Arbeiter außerhalb des Interessentkreises des Berufes vertreten sind und es kann die Rückwirkung auf die Preisgestaltung der Rohle und die Gesamtindustrie objektiv geprüft werden. Mit dieser Entscheidung müssen sich die Arbeiter zufrieden geben. Die Regelung dieser Frage ist entscheidend für die Sozialisierung. Gelingt es uns nicht, das Interesse des Arbeiters zu verknüpfen mit Steigerung der Leistungsfähigkeit des Betriebes, die Hebung sowohl technisch wie auch in der Arbeitsleistung durchzusetzen, können wir die Lohnfrage nicht im Schiedsgerichtsverfahren lösen, dann wird der Erfolg der Sozialisierung sehr in Frage stehen. Von diesem ersten Erfolg hängt es aber ab, wie schnell das Tempo einsetzt, um die Produktion aus der kapitalistischen Herrschaft mit all ihren unangenehmen Begleiterscheinungen in eine zum Nutzen des ganzen Volkes umzuwandeln. Der erste Erfolg wird entscheidend sein, das Mißlingen bedeutet die Verurteilung.

9. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 2. und 3. November traten die Vertreter der Gewerkschaftsvorstände in Berlin zur 9. Tagung des Bundesausschusses zusammen. Ueber die Tätigkeit des Bundesvorstandes während des letzten Vierteljahres lag ein schriftlicher Bericht vor, zu dem der Vorsitzende, Genosse Legien, noch einige weitere Ausführungen machte. An den Bericht schloß sich eine längere Aussprache, die sich auf das Verhalten zu den verschiedenen Versuchen bezog, die Einheit der deutschen Gewerkschaften zu sprengen und wobei besonders hervorgehoben wurde, daß die Gewerkschaften solchen Bestrebungen nicht untätig zusehen dürften, wenn auch kein Grund vorläge, zu befürchten, daß solche Bestrebungen Erfolg haben können. Ferner wurde gewünscht, daß das beim Bundesvorstand vorhandene Material über das Internationale Arbeitsamt den Vorständen zugestellt werde, damit sie dazu Stellung nehmen können. Außerdem drehte sich die Aussprache darum, wie weit es möglich ist, der Forderung entgegenzutreten. Von mehreren Rednern wurde hervorgehoben, daß die Lage in Deutschland zum großen Teil von Umständen abhängt, die kein Mensch und keine Partei in Deutschland zu ändern in der Lage ist. Auf besonderen Wunsch war noch die erneute Stellungnahme zur Technischen Nothilfe zur Erörterung gekommen. Der Bundesausschuß sah sich nicht veranlaßt, von seiner früheren ablehnenden Stellung abzuweichen.

Eine längere Aussprache entspann sich über die Verbindlichkeits-Forderung von Schiedssprüchen. Es wurde dabei betont, daß die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften nicht eingeengt werden dürfe. Das zu dieser Frage vorliegende Material soll den Vorständen zugestellt werden, damit sie in der für De-

zember geplanten nächsten Ausschusssitzung dazu Stellung nehmen können.

Dem Taubstummen-Partei-Bund wurde für die Herausgabe eines Blattes eine Unterstützung von 5000 Mk. bewilligt unter der Voraussetzung, daß auch die Gewerkschaften, die daran beteiligte taubstumme Mitglieder haben, ebenfalls Gelder zu demselben Zweck hergeben. Bedingung ist dabei, daß das Blatt in gewerkschaftlichem Sinne geleitet wird.

Die in einer früheren Sitzung eingesetzte Kommission zur Regelung der Mitgliederrechte bei Uebertritten zwischen Bundesorganisationen hatte einen längeren Bericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie schwierig es ist, bei der großen Verschiedenartigkeit unserer Gewerkschaften eine allgemeine Regelung zu finden. Bei der Aussprache darüber wurde auch die Frage einheitlicher Mitgliedsbücher erörtert. Um den Vorständen eine Stellungnahme zu der Angelegenheit zu ermöglichen, wurde diese auf die nächste Sitzung vertagt.

Eine weitere eingehende Aussprache erfolgte bei der Frage der Regelung der Mitgliederrechte bei Uebertritten zur Sicherheitspolizei für den Fall, daß diese Gewerkschaftsmitglieder nach Ablauf des Probejahres zu ihrem früheren Beruf zurückkehren und wieder in ihre alten Rechte einzutreten wünschen. Es wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß unter der gegenwärtigen Not und Arbeitslosigkeit sehr wohl auch gute Gewerkschafter dazu kommen können, in die Sicherheitspolizei einzutreten, und daß die betreffenden Gewerkschaftsmitglieder damit noch keineswegs gleich mit einem Makel behaftet werden. Ferner sei der Eintritt in die Sicherheitswehr nicht in Vergleich zu stellen zu dem früheren Militärdienst. Beschlossen wurde, bei Uebertritt in die Sicherheitspolizei bis auf die Dauer von 12 Monaten die Mitgliederrechte ruhen zu lassen. Wünschen dann diese Gewerkschaftsmitglieder, wieder in ihren früheren Beruf und zu ihrer früheren Gewerkschaft zurückzutreten, so soll dem nichts entgegenstehen, vorausgesetzt, daß sie noch gesund sind.

Ein Antrag des Verbandes der Schuhmacher auf Anstellung von Wanderrednern über Volkswirtschaft und Sozialismus wurde dahin erledigt, daß die von Ortsausschüssen eingerichteten Unterrichtskurse fortgesetzt werden sollen. Dem Ausschuß soll zu seiner Sitzung im Dezember ein schriftlicher Bericht über den Stand dieser Kurse vorgelegt werden. Ferner soll die Betriebsrätezentrale einen Plan für Unterrichtskurse für Betriebsräte aufstellen. Die Kostendeckung soll durch Leistung einer Hörgeldgebühr erfolgen. Ferner ist zu prüfen, wie weit für bestimmte Vortragsgebiete Vortragende von der Zentrale zu stellen sind, die dauernd in den Kursen Vorträge halten und zu diesem Zweck von einem Kursus zum anderen reisen.

Das Statistikwesen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes soll ausgebaut werden. Zu dieser Frage berichtete Genosse Herrmann. Der Ausschuß kam zu der Stellungnahme, daß die Statistik über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am besten von Amts wegen geführt werde, und daß die Statistik über die Gewerkschaften vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu führen sei. Voraussetzung ist dabei, daß die amtliche Statistik so geführt wird, daß sie den Tatsachen entspricht. Ferner hat die Statistische Kommission noch Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung der Berufs- und Gewerbebezahlung gemacht.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens, hielt Herr Stadtbaurat Dr. Ing. Wagner einen ungefähr einstündigen Vortrag, worin er zeigte, wie die ersten Schritte zur Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens gedacht sind. Wagner entrollte ferner ein Bild vom Verband sozialisierter Baubetriebe. Es erfolgte eine längere Aussprache, worin besonders auf die Wohnungsnot hingewiesen wurde und ferner auf die Unmöglichkeit, die Lösung dieser Wohnungsnot lediglich dem privaten Baugewerbe zu überlassen. Die wirkliche Lösung der Wohnungsnot sei nur auf dem Wege der Sozialisierung möglich. Ferner wandten sich einzelne Redner gegen die geplante Mietsteuer, bei welcher der Mieter nicht nach seinem Einkommen, sondern nach seinem Wohnungsbedürfnis belastet wird, was also zur Folge hat, daß kinderreiche Familien, die einer größeren Wohnung bedürfen, nun auch noch mit einer höheren Mietsteuer belastet werden. Wenn die Wohnungsmieter dazu beitragen sollen, Gelder aufzubringen, damit den Wohnungslosen Wohnungen beschafft werden können, so seien diese Gelder durch Zuschläge zur Einkommensteuer und Erhöhung der Abgaben vom Wertzuwachs zu beschaffen. Es wurde ferner noch hervorgehoben, daß es kein zweites Gebiet gäbe, wo sich die produktive Erwerbslosenfürsorge in solch fruchtbringendem Maße anwenden ließe, wie gerade beim Wohnungsbau. Beschlossen wurde, daß der Vortrag des Herrn Stadtbaurates Wagner vervielfältigt und den Vorständen zur Verfügung gestellt werden solle. Ferner wurde beschossen, eine Kommission einzusetzen, die der Sache noch nähere treten und der nächsten

Sitzung Bericht erstatten soll. In diese Kommission wurden gewählt die Genossen Brey (Fabrikarbeiter), Dikmann (Metallarbeiter), Drunsel (Töpfer), Ellinger (Bauarbeiter) und Schende (Steinseher).

Es kam sodann zu einer langen und gründlichen Aussprache über die Stellungnahme zu den Arbeitsgemeinschaften. Der Vorstand des Schuhmacherverbandes hatte beantragt, der Bundesausschuß möge beschließen, „aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten“. Es wurden von beiden Seiten alle möglichen Gründe für den Austritt oder für das Verbleiben angeführt. Einzelne Gewerkschaftsvertreter berichteten über günstige Erfahrungen, wogegen von anderer Seite eingewendet wurde, daß diese Erfolge sich auch ohne Arbeitsgemeinschaften hätten erzielen lassen. Der Antrag des Schuhmacherverbandes wurde mit 24 gegen 7 Stimmen abgelehnt und eine Entschließung des Genossen Larnow (Holzarbeiter) gegen 5 Stimmen angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Gewerkschaften sind der Arbeitsgemeinschaft beigetreten, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen. In diesem Sinne ist die Arbeitsgemeinschaft ein brauchbares Mittel im Kampf um die Eroberung der wirtschaftlichen Macht und der Sozialisierung der Wirtschaft. Ihre Bedeutung ist jedoch zeitlich begrenzt und wird erlöschen, wenn mit der fortschreitenden Organisation der Gemeinwirtschaft andere, verfassungsrechtliche und gesetzlich fundierte Organe geschaffen werden, in denen die Arbeiterschaft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird.“

Der Bundesausschuß hält zurzeit die Arbeitsgemeinschaft noch nicht für überflüssig, glaubt aber, daß diese Frage erneut geprüft werden muß, wenn die Organisation der Bezirkswirtschaftsräte durchgeführt worden ist.“

Vom Ortsausschuß Nürnberg lag ein Antrag vor, wonach der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bei Lohnregelungen eingreifen sollte. Dieser Antrag wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Einstimmig angenommen wurde eine Rundgebung gegen die drohende Besetzung des Ruhrreviers, die wir in der vorigen Nummer schon veröffentlichten.

Eine vom Zentralverband der Fleischer eingebrachte Entschließung, betreffend die Stellung der Gewerkschaften zum Steuerabzug, mußte ebenfalls bis zur Dezemberitzung zurückgestellt werden.

Nachdem Genosse Köfler (Bergarbeiter) aus dem Bundesvorstand ausgeschieden ist, machte sich die Anstellung eines neuen Sekretärs notwendig. Beschlossen wurde, die Wahl in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Vom Vorstand des Dachdeckerverbandes lag ein Antrag vor, die in Frankfurt a. M. bei der Universität befindliche Akademie der Arbeit durch Zuweisung von Schülern zu unterstützen. Da diese Angelegenheit den Gewerkschaften auch finanzielle Verpflichtungen auferlegen kann, wurde zunächst beschlossen, eine Kommission zur Untersuchung der Frage einzusetzen. Gewählt wurden die Genossen Dikmann (Metallarbeiter), Ebner (Gastwirtschaftsgehilfe), Streine (Maler), Dittmer (Gemeinde- und Staatsarbeiter) und Genossin Hanna („Gewerkschaftliche Frauenzeitung“).

An die Sitzung des Bundesausschusses schloß sich eine gemeinsame Sitzung mit den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter, die sich mit der Stellungnahme zur Organisation der Betriebsräte und mit den Angriffen der Moskowiter auf die Gewerkschaften Deutschlands und den Internationalen Gewerkschaftsbund beschäftigten. Die Konferenz sprach sich dahin aus, daß gegen die Bestrebungen scharf Stellung zu nehmen sei, die sich gegen die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses wenden. Sie unterstrich die Entscheidungen des Betriebsrätekongresses noch besonders und nahm entschiedene Stellung gegen die sogenannten selbständigen Betriebsrätezentralen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung lag vom Bundesvorstand zusammengestelltes Material vor, das gutgeheißen wurde und veröffentlicht werden soll. Im übrigen nahm die Konferenz scharf Stellung gegen die sogenannten kommunistischen Reinzellen, deren Aufgabe es ist, die Gewerkschaften zu einem Zerfall zu bringen, der den Kommunisten zu machen, oder sie zu sprengen. Das beste Mittel dagegen ist die Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder. Zu diesem Zweck soll in der Gewerkschaftspresse mehr gesehen.

Die Kohlensozialisierung

im Reichswirtschaftsrat.

Dazu schreibt das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner Nr. 44 folgendes:

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat am 8. Oktober zu den beiden Vorschlägen der Sozialisationskommission Stellung

genommen. Versammelt waren der Wirtschaftspolitische und der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates, sowie zahlreiche Vertreter der Reichsregierung, des Reichskohlenrates und der Sozialisationskommission. Vor Eintritt in die Tagesordnung interpellierte Herr Georg Bernhard die Reichsregierung über ihre Stellung zur Sozialisationsfrage. Der Reichschatzminister v. Kaumer gab hierauf namens der Regierung folgende Erklärung ab:

„Ich benutze die Gelegenheit gern, um hier die Stellung der Regierung einwandfrei darzustellen. Die Regierung hat ihre Stellungnahme gegenüber dem Sozialisationsproblem festgestellt in einer Erklärung, die der Reichsarbeitsminister in der Reichstagsitzung vom 5. August abgegeben hat. Diese Erklärung ist seinerzeit im Kabinett wörtlich festgestellt worden. Es heißt da: „Der größte Teil der Ausführungen des Redners von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion betraf nun die Frage der Sozialisierung. Mit Arbeitslosenunterstützung, so hat der Redner gemeint, ist das Problem nicht zu lösen; das kapitalistische System müsse gebrochen und die Sozialisierung müsse vorgenommen werden. Er hat die Frage aufgeworfen, wie weit denn die Regierung gegangen sei und gehe. Der Redner der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und seine Fraktionsgenossen mögen nur ja nicht glauben, daß die Regierung von heute dieser Frage aus dem Wege gehe. Der Reichswirtschaftsrat hat bereits in seiner Sitzung vom 24. Juli fast einstimmig sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist unter gleichzeitiger Heranziehung der Bergarbeiter und Angestellten zu mitverantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Ich bin nun ermächtigt, zu erklären, daß die Reichsregierung ebenfalls auf dem Boden dieses Beschlusses steht. Sie hat den Reichswirtschaftsminister beauftragt, unverzüglich die Weiterverfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der Bericht der Sozialisationskommission vorliegt. Art und Form der Sozialisierung werden sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung größter Produktionssteigerung und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Mit der Hervorhebung dieses Gesichtspunktes befindet sich die Reichsregierung ebenfalls in völliger Übereinstimmung mit dem Beschluß des Reichswirtschaftsrats vom 24. Juli.“

Das Kabinett hat in der Sitzung vom 22. September einen Beschluß gefaßt, der amtlich verbreitet wurde und in dem es heißt:

„Schließlich trat das Kabinett in eine Erörterung der Sozialisationsfrage ein und beschloß einstimmig, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichts der Sozialisationskommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaues vorzulegen.“

Die Klarheit der Stellung des Kabinetts ist in Zweifel gezogen worden. Die Auslegung, die die „Tägliche Rundschau“ dem Kabinettsbeschluß vom 22. September gegeben hat, lehne ich in Übereinstimmung mit dem gesamten Kabinett rundweg ab, ebenso in Übereinstimmung mit Dr. Heinze die Auslegung, die die „Tägliche Rundschau“ den Leitenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei gegeben hat, und die uns in einen Graefak zur Politik des Kabinetts bringen wollte. Der Kabinettsbeschluß ist vollkommen einwandfrei und klar. Nachdem der Bericht der Sozialisationskommission vorlag, ist durch den Kabinettsbeschluß vom 22. September dem Reichswirtschaftsminister der Auftrag erteilt worden auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs. Der Kabinettsbeschluß bedeutet selbstverständlich nicht eine Identifizierung mit den Beschlüssen der Sozialisationskommission. Das ist selbstverständlich logisch ausgeschlossen, weil zwei divergierende Vorschläge vorliegen. Was die Regierung bringen wird, wird eine durchaus selbständige Vorlage sein.

Das Kabinett steht heute nach wie vor auf dem Boden der Erklärung vom 5. August und des Kabinettsbeschlusses vom 22. September.“

Das einleitende Referat hielt Dr. Giffert als Vertreter der Sozialisationskommission, der über die Behandlung der Frage der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft seitens der Kommission, über die Sachverständigenvernehmungen und über das Zustandekommen der beiden vorliegenden Vorschläge berichtete und mit großer Entschiedenheit für die sofortige und völlige Sozialisierung der Kohle eintrat. Er erläuterte die Grundfläche des zu schaffenden Gemeinwirtschaftskörpers und wies auf die der Arbeiterschaft und den Bergarbeitern bereits gemachten Zusagen der Regierung hin. Den Vorschlag 2, der eine befristete Sozialisierung erstrebt, glaubte er nicht empfehlen zu können, da seine Durchführung ein der Wirtschaft höchst nachteiliges Interregnum schaffen würde.

In der Aussprache erläuterte Herr Dr. W. Rathenau die Motive, von denen der zweite Vorschlag ausgeht, sowie die Grundzüge des letzteren. Er appellierte in eindringlichen Worten an den Reichswirtschaftsrat, man möge die Arbeiterschaft nicht ent-

täuschen, sondern die Kohle einer Gemeinwirtschaft zuführen, bei der auch die Initiative des gegenwärtigen Unternehmertums gesichert sei. Diesen Ausführungen gegenüber hüllten sich die Arbeitgebervertreter in eisiges Schweigen. Erst einige längere Ausführungen Wissells, der erklärte, daß er zwar gegen den Vorschlag 1 starke Bedenken habe und deshalb für den Vorschlag 2 gestimmt habe, daß er aber unbedingt an der Sozialisierung der Kohle festhalten werde und auch nicht vor einem Sprung ins Dunkle zurückscheue, falls die Arbeitgeber beide Vorschläge ablehnen würden, lösten den Herren die Zunge. Herr Stinnes erklärte, daß die Frage der Kohlenbewirtschaftung nur im Zusammenhange mit dem gegenwärtigen Stande unseres gesamten Wirtschaftslebens behandelt werden könne, und die Arbeitgeber seien bereit, an einem Umbau unserer Gesamtwirtschaft mitzuarbeiten. Das könne nur in einem kleineren Ausschuss geschehen. Es wurde darauf ein Unterausschuss gewählt, dem von Arbeitgeberseite die Herren Edler v. Braun, Stinnes, Cuno, Dr. Frank und Zil (Stellvertreter C. Kauffmann, G. Schumann, Arnhold, Wöglar und Dr. Hagen), von Arbeitnehmerseite Baltrusch, A. Cohen, Neustedt, Umbreit und G. Werner (Stellvertreter: Habermann, P. Müller, Wissell, Faas und Klingen), und von Verbraucherseite die Herren Dr. W. Rathenau, Bernhardt, G. Kaufmann, Dr. Berthold und Wögele (Stellvertreter Dr. A. Müller, Hartung, Wäfflein, Dr. Lohmeyer und Dr. Langen) angehören.

Der Reichskohlenrat hat danach ebenfalls in einer Sitzung vom 14. Oktober sich mit den beiden Sozialisierungsvorschlägen beschäftigt und gleichfalls eine 15gliederige Kommission eingesetzt, die in Gemeinschaft mit dem Unterausschuss des Reichswirtschaftsrats tagen wird. Ihr gehören an als Arbeitgeber die Herren Bergrat Kleine, Herbig, Dr. Silberberg, Hilger und Direktor Tittler (Stellvertreter Stinnes, Direktor Janusz, Direktor Pietsch, Benschold und Direktor Krug), als Arbeitnehmer Imbusch, Sieger, Wagner, Langhorst und Döfler (Stellvertreter Sachse, Dölle, Werner, Fodenhöfer und Mellentin) und als Verbraucher Wiesinger, v. Bredow, Dr. Kiepert, Girbig und Hedmann (Stellvertreter Hoffmann, Dr. Fischer, Dr. Hueb, Umrat und Griebel).

Die gemeinsamen Unterausschüsse nahmen am 25. Oktober ihre Beratungen auf. Es kam aber bisher noch zu keiner sachlichen Zusammenarbeit, da die Arbeitgeberseite zunächst die Taktik des Schweigens fortsetzte und es den Arbeitnehmern allein überließ, ihren Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Erst allmählich gelang es, eine Aussprache in Gang zu bringen. Auch dann nahmen die Gegner der Sozialisierung noch für sich das Recht in Anspruch, nicht allein über das Wie, sondern auch über das Ob der Sozialisierung zu entscheiden. Sie mußten erst von den Arbeitnehmervertretern daran erinnert werden, daß nicht allein die Reichsregierung sich durch vier Kundgebungen vom 20. März, vom 5. August, vom 22. September und vom 8. Oktober auf die Sozialisierung verpflichtet habe, sondern daß auch der Reichswirtschaftsrat selbst sich in seiner Kundgebung zum Abkommen von Spa für eine solche gebunden hat.

Nach diesem Vorpostengefecht entwickelten die namhaftesten Vertreter der Arbeitgeber des Bergbaues ihre Pläne. Herr Generaldirektor Dr. Silberberg meinte, die sofortige Sozialisierung scheitere daran, daß den Arbeitern die nötigen Kräfte für die Leitung der Gemeinwirtschaft fehlen würden. Er gestand zu, daß es ein Fehler der Arbeitgeber gewesen sei, die Gewerkschaften nicht früher anerkannt zu haben. Wäre dies geschehen, dann wären vielleicht heute die Kräfte da. Aber heute fehlten sie eben noch. Man müsse die Arbeiter erst dazu erziehen, wozu das Betriebsrätegesetz da sei. Auch sei der Bergbau bereit, die Arbeiter mehr an den Betrieben zu beteiligen und ihnen sogar einen Anteil am Gewinn zu sichern. Herr Stinnes ergänzte seine Ausführungen vom 8. Oktober dahin, daß eine andere Organisation des Bergbaues notwendig sei, bei der die Produzenten mit den Konsumenten mehr in Zusammenhang gebracht werden müßten. Wie das geschehen solle, ging aus seinen Andeutungen nicht klar hervor. Man erlah daraus nur, daß er die Schaffung von großen Trusts für gewisse Wirtschaftsgebiete beabsichtige, die mit den Verbrauchern in irgendein vertragliches oder organisatorisches Zusammenwirken eintreten, um die Kohlenherkunft zu regeln. So stellt sich Herr Stinnes eine *„Kohlenbergbau-Gemeinwirtschaft“* vor.

Die Arbeitnehmervertreter nahmen zu diesen Ausführungen der Grubenindustriellen in einer besonderen Sitzung Stellung und gaben am 26. Oktober folgende Erklärung ab:

„Die Arbeitervertreter haben von den Ausführungen der Herren Arbeitgebervertreter des Kohlenbergbaues Kenntnis genommen. Sie nehmen in den Ausführungen des Herrn Silberberg, der die Bergarbeiter am Gewinn des deutschen Kohlenbergbaues beteiligen will, das Bestreben, die Arbeiterschaft von der Forderung der Sozialisierung, die doch eine Forderung zugunsten der Gemeinwirtschaft ist, durch Verheißung persönlicher Vorteile

abzulehnen. Die Pläne des Herrn Stinnes sind gerichtet auf eine bezirksweise Vertrustung der Kohlenwirtschaft, für die die Arbeiter durch Zulassung ihrer entwicklungsfähigsten Köpfe zur Führungsschaft gewonnen werden sollen. Die Gesamtinteressen der deutschen Volkswirtschaft aber, und zwar sowohl der Kohlenverbraucherindustrien und der Landwirtschaft, als auch der öffentlichen und privaten Verbraucher würden der Herrschaft einiger weniger Trustskönige geopfert werden. Die Arbeitnehmerschaft hält demgegenüber an der Zentralisation der Kohlenwirtschaft fest, da die Kohle Gemeingut der ganzen Volkswirtschaft sein und bleiben muß, und sie erkennt nach wie vor nur in der sozialisierten Wirtschaft die Gewähr, daß alle Privatinteressen dem Gemeinwohl in jeder Beziehung untergeordnet werden. Sie lehnen deshalb diese Vorschläge ab.“

In der Sitzung vom 27. Oktober beendete der Ausschuss die allgemeine Aussprache und setzte einen aus je 3 Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Bergbaues, sowie 1 Verbrauchervertreter bestehenden Verständigungsausschuss ein, der den Versuch, eine gemeinsame Grundlage für die weiteren Verhandlungen zu schaffen, machen soll. Dem Ausschuss wurden die Herren Silberberg, Stinnes und Wögele, Imbusch, Wagner und Werner, sowie Dr. Berthold zugeteilt, und die Verhandlungen des gemeinsamen Ausschusses bis zum 10. November vertagt.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Bankiertag. — Valutaspekulation bei Getreideeinfällen. — Der Kampf gegen die Außenhandelsstellen. — Ungenügende Grenzkontrolle. — Preissenkung im Ausland.

Die guten Ratschläge, wie wir aus dem wirtschaftlichen Druck und der gefährlichen Schuldenwirtschaft hinauskommen sollen, hageln nur so auf uns nieder; nur ist es damit nicht getan. Die einen appellieren an die sittlichen Pflichten, mit denen sich aber in der gegenwärtigen Zeit wenig anfangen läßt, die anderen halten es mit einer Wiederherstellung der Autorität des Staates, der aber immer noch sehr erhebliche Schwachzustände zeigt, und schließlich schwören gar viele auf das freie, ungehinderte Austoben der Wirtschaftskräfte, denn hier fühlt sich der Kapitalismus in seinem Lebenselement.

Eine Mischung von alledem konnte man auf dem deutschen Bankiertag in Empfang nehmen. Es wurde die Sparsamkeit in Gemeinden und Reich empfohlen, eine Einschränkung der Einfuhr und eine Steigerung der Ausfuhr. Sehr gut, wenn nur nicht in Handel und Industrie gerade gegenwärtig der lebhafteste Versuch gemacht würde, die Kontrolle des Außenhandels los zu werden und damit eine der notwendigsten Maßnahmen, die zur Stütze der Valuta unternommen wird, zu beseitigen.

Mit vieler Energie wandten sich die Herren aus der Bankwelt gegen die harten direkten Steuern; sie lehnten die Zwangsanleihe ab, forderten die Aufhebung des Depotzwanges und die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses in Steuerfragen. Damit wäre wohl den Banken und ihren Auftraggebern gedient, aber wirtschaftspolitisch könnten wir wohl noch einige Stufen tiefer sinken bei der Ausführung dieses Programms.

Die Tagung kam etwas aus dem ruhigen Gleichgewicht, als ein Vertreter gewisse Mißstände im Devisenhandel zu heftigen Angriffen gegen die Banken benützte. Er mußte unter allgemeinem Unwillen abbrechen und bisher ist über den Inhalt der Rede nicht viel bekannt geworden. Die Änderungen, die im Devisenhandel vorgenommen sind, geben in der Tat zu einer berechtigten Kritik Anlaß. Bis vor kurzem bestand für die Außenhandelsstellen die Verpflichtung, die Devisen an die Reichsbank zu überführen. Von dort aus konnte dann ein Einfluß auf den Devisenmarkt ausgeübt werden und besonders für die Einfuhr von Lebensmitteln ausländische Zahlungsmittel bereitgestellt werden. Nunmehr hat man ohne einen ersichtlichen Grund diese Verordnung aufgehoben, die Reichsbank will im freien Verkehr langfristige Wechsel aufnehmen und sucht im Terminhandel für Devisen eine Deckung. Natürlich verlangen die Banken nun allgemein die Einführung des Terminhandels, der den Spekulationsgeschäften wieder ein erweitertes Feld der Betätigung bietet. Mit welchen Manipulationen auf diesem Gebiet der Valutaspekulation man es zu tun hat, dafür bietet die Zeitschrift „Der Schweizer Exporteur“ eine interessante Illustration. Es wird berichtet, daß Getreideaufkäufe in Amerika von deutschen Händlern getätigt werden, die diese Einkäufe dann, wenn es beim Stande der Valuta vorteilhaft erscheint, nach anderen Auslandsplätzen abgeben. Das gleiche geschieht mit der für deutsche Rechnung aufgelaufenen Baumwolle. In all diesen Fällen ist die Zahlung in Mark hinausgegangen oder Devisen sind in Anspruch genommen, die nun, wenn in größerem Umfang diese Schiebung betrieben wird, mit zur übermäßigen Anspannung unserer Zahlungsmittel und damit zur Verschlechterung der Valuta beitragen müssen.

Die Reichsbank kann natürlich nicht die tatsächlichen Eingänge der Waren kontrollieren, und so schlägt ihr der „ehrbare Handel“ ein Schnippchen.

Aber dieser Vorgang ist auch insofern lehrreich, als das Reichsernährungsministerium Hals über Kopf dem freien Handel den Einlauf ins Ausland übergab, anstatt die Reichsgetreidestelle weiter damit zu beauftragen. Man versteht jetzt, weshalb der Getreidehandel den Kampf gegen die Reichsgetreidestelle führte und sich für die Einkäufe ins Ausland so eifrig empfahl.

Die nächste Attade wendet sich nun den Außenhandelsstellen zu, die verschwinden müssen, um für diese und ähnliche Geschäfte freie Bahn zu schaffen. Dabei ist die Grenzkontrolle in einem elenden Zustand. Das große Loch im Westen, das mit Mühe und Not gestopft wurde, ist unter dem gegenwärtigen Ministerium wieder aufgerissen; Millionen von Waren gehen unkontrolliert und unverzollt herein und heraus. Nach dem Saargebiet werden Kartoffeln, Getreide und andere wichtige Lebensmittel geliefert, die dann über die französische Grenze wieder mit hohem Gewinn verkauft werden. An der belgischen und holländischen Grenze wird in der unverschämtesten Weise ein Schmuggel getrieben, der zum öffentlichen Skandal für das Finanzministerium ausartet. Der Leiter des Polizeiamtes, Dr. Falk, wendet sich in seinem Unmut an die Öffentlichkeit und schildert, wie seine Hilfe vom Finanzministerium zurückgewiesen wird. Der Erfolg! Es geschieht nichts, das Treiben wird ruhig fortgesetzt. Nicht nur die ständigen Schmugglergeschäfte, die wie eine Seuche die ganze Grenzbevölkerung erfaßt haben, sind es, auch die Großen, die mit Hunderttausenden Bestechungsgeldern arbeiten, führen ganze Transporte über die Grenze, ohne daß die dem Finanzministerium unterstellte Zollkontrolle etwas merkt. Damit die Fleischpreise weiter anziehen können, gehen die Viehtransporte nach dem Ausland. Die Einmischung der Landespolizei verbittet man sich im Finanzministerium, weil nur die Zollkontrolle für diese skandalösen Zustände die allein verantwortliche Behörde ist. Bei diesem Schlen-drian geht es mit Riesenschritten abwärts.

Während wir bei der Entwertung der Zahlungsmittel mit fortgesetzt steigenden Preisen zu rechnen haben, ist in England das Pfund Merinowolle von 57 auf 30 d, ägyptische Baumwolle von 84 auf 49 d, Kakao der Bentner von 140 auf 81 sh, Zucker von 131 auf 100 sh gesunken.

Die Bestände an Wolle sind, wie aus Amerika gemeldet wird, so umfangreich, daß bei dem ungenügenden Absatz mit einem erheblichen Rückgang der Schafzucht gerechnet werden muß. Mit welchem Empfinden müssen wir diese Mitteilung aufnehmen, wo in jeder Familie ein reicher Bedarf an Kleidung vorhanden ist. Dort ein Ueberfluß, hier harte Entbehrung, die zu beheben wir zu arm sind. Die Entwertung unserer Zahlungsmittel läßt uns selbst bei niedrigen Preisen im Ausland keine billige Ware auf den Inlandsmarkt bringen. Unsere Notlage aber wird noch gesteigert durch das flüchtige Treiben auf dem Warenmarkte.

Aus unserem Verufe.

Zum Streik der Schilder-maler.

„Wir müssen diese Machtprobe bestehen, um für die Zukunft sicher zu stehen.“ So hält der Verein der Berliner Schilderfabrikanten seine Mitglieder zum Ausharren an. An Fabrikanten, die unsere Forderungen bewilligt und Kollegen eingestellt haben, tritt der genannte Verein mit dem Ansinnen heran, die Unterschrift zurückzunehmen und die Leute zu entlassen. Und wie das von den Herren, denen der Arbeiter zur Füllung ihres Geldsackes von jeher eine unbedingte Notwendigkeit gewesen ist, nicht anders zu erwarten ist: sie beugen sich. Aller Ehren wert sind aber die Arbeitgeber, die sich solchem Verlangen nicht beugen.

Diesem Kampfmittel der Unternehmer müssen die Arbeiter das Kampfmittel solidarischen Handelns entgegensetzen.

Die Zigarettenfabrik Massary hat bei der Schilderfabrik Heymann & Co., die bestreikt wird, vor dem Streik ihre Schaufensterdekoration bestellt. Es handelt sich um die Anschriften in gelber Farbe bei den Zigarrengeschäften: „Die gute Massary-Zigarette“. Die Schilderfabrik Heymann hat nun während des Streiks diese Arbeit an kleine Meister, zum Teil Stubenmaler, vergeben, womit also Streikarbeit geleistet wird. Nachdem unsere Streikleitung bei der Firma Massary in dieser Sache vorstellig geworden ist, hat die Firma Heymann, wohl auf Betreiben von Massary, erklärt, daß die Ausführung dieser Dekoration für die Folge unterbleibt, um Streitigkeiten aus der Welt zu schaffen. Jetzt tauchen allorts wieder Maler auf, die diese Streikarbeit fortsetzen. Die Firma Massary muß von diesem Treiben Kenntnis haben. Wir haben in einem Zeitungsartikel in aller Öffentlichkeit die Fragen

aufgeworfen: „Kann die Firma Massary nichts tun, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten?“ Oder: „Ist es der Firma Massary gleichgültig, was die organisierte Arbeiterschaft zu dieser Duldung von Verrat an streikenden Arbeitern sagt?“

Der Verein Berliner Schilderfabrikanten hat der Öffentlichkeit durch den Mund der bürgerlichen Blätter über die Streiklage Sachen erzählt, die nicht den Tatsachen entsprechen. Rechtfertigen kann man sich nicht, weil diese Blätter unsere Artikel einfach nicht drucken. Bleibt uns also nur das Vertrauen der Arbeiterschaft.

Mit Freitag, den 19. November 1920, beginnt die 8. Streikwoche. Schwer ist die Zeit! Schwer sind die Opfer, die die Streikenden bringen müssen. Durchhalten ist jetzt Ehrenpflicht der Kämpfenden. Das Recht ist auf unserer Seite.

Wir wollen es nicht unterlassen, den Kollegen der Zahlstelle Karlsruhe, die uns mit Uebersendung von 50 Mk. für die Streikenden den Beweis ihrer Sympathie für unsere Sache gezeigt haben, an dieser Stelle im Namen der streikenden Schilder-maler unseren Dank zu sagen. In gleicher Weise sagen wir den Kollegen der Zahlstelle Spandau unseren Dank für die übersandten 100 Mk.

Die Streikleitung.

Zur Beendigung des Angestelltenstreiks in der keramischen Industrie.

Von der Angestelltenarbeitskommission wird uns mitgeteilt, daß der am 16. Oktober 1920 begonnene Streik am 12. November, früh 6 Uhr, nach fast ununterbrochenen 48stündigen Abschlußverhandlungen zur Erledigung gekommen ist. Mehr noch als die materiellen Fragen ist die Abschlußfrage durch das Verhalten einer der größten Firmen des Verbandes zu einer Machtfrage geworden, die von beiden Parteien im vollen Bewußtsein der Bedeutung der Entscheidung mit dem Aufwand aller geistigen Kräfte durchgeführt worden ist. Die um ihr gutes Recht streikenden Angestellten schätzen höher noch als die nunmehr auch erfolgte Aufbesserung ihrer Einkommensbezüge die Tatsache ein, daß an ihrer Geschlossenheit der Demütigungswille gewisser sich vordrängender Persönlichkeiten im Arbeitgeberlager zerbrach. Vereinbarungsgemäß hat die Wiederaufnahme der Arbeit bis spätestens am 15. November zu erfolgen. Mit der Beendigung dieses Streiks beginnt eine neue Epoche in der Angestellten-schaft der keramischen Industrie. Möge sie den Auftakt zu weiterem Emporsteigen bilden!

In Selb hat am Freitagnachmittag im überfüllten Saal der Zentralthalle die Berichterstattung über den Verlauf des Streiks, den Vertrag und die Arbeitswiederaufnahme-Bedingungen durch die Gewerkschaftsführer Seidel und Brost stattgefunden. In besonders eingehender Weise wurde dabei eine Schilderung der Verhandlungen gegeben, die sich um die Wiederaufnahmebedingungen drehen. Unter lebhaftester Anteilnahme der Versammlung, die sich sehr oft in stürmischen Zustimmungen und Zurufen äußerte, nahmen die Anwesenden Stellung zu dem Verlangen der Firma Rosenthal in Selb, unter ihren kaufmännischen Angestellten eine Auswahl treffen zu dürfen, und sie von der sonst zugestandenen bedingungslosen Ausnahme auszuschließen. Die überaus drastische Beleuchtung, die dabei der Hauptvertreter dieses Planes, Herr Dr. Schneider, fand, erweckte nachhaltigsten Beifall und gab den Beweis, daß die gesamte Angestellten-schaft sehr wohl einsieht, daß gegen diese krampfhaften Versuche zur Spaltung der Kollegen-schaft nur stärkster Wille zum festen Zusammenstehen helfen kann. Mit berechtigtem Stolz konnte der Berichterstatter darauf hinweisen, wie die Firma Rosenthal Schritt um Schritt von ihren Machtforderungen abgedrängt und schließlich zum völligen Verzicht auf ihre Forderungen gebracht wurde.

Die gesamte Streikbewegung, so endete Herr Brost seine Ausführungen, sei ein eindringlicher Beweis dafür, daß die Angestellten-schaft einen Willen hat und auch in der Lage sei, diesem Willen im richtigen Augenblick Nachdruck zu verleihen, und dieses Ergebnis sei, alles in allem genommen, als der wertvollste Ertrag der abgeschlossenen Kampfzeit festzuhalten. Der Weg nach oben sei damit eröffnet. Die vorgenommene Abstimmung ergab einstimmige Gutheißung des vereinbarten Tarifvertrages und gleichfalls Einstimmigkeit über die Wiederaufnahme der Arbeit unter den nachstehend angeführten Wiederaufnahmebedingungen. In Ausführung dieses Beschlusses wird also die gesamte Angestellten-schaft der keramischen Industrie in Selb mit derselben musterhaften Geschlossenheit, mit der sie am 16. Oktober die Arbeit niederlegte, am Montag, den 15. November, ihre alten Arbeitsplätze wieder aufsuchen.

Die Wiederaufnahmebedingungen lauten:

Die vertrags-schließenden Parteien vereinbaren:

1. Der Verband bayerischer Porzellanindustrieller verpflichtet seine Mitglieder, die entlassenen Angestellten, die unter den bisherigen Tarifvertrag fielen, unter Wiederherstellung

ihrer bisherigen Rechte gegen den Arbeitgeber, am 15. November 1920 neu einzustellen.

Wer bis zum 17. November 1920 die Arbeit aus eigenem Verschulden nicht wieder aufgenommen hat, wird nicht eingestellt.

2. Die vertragschließenden Organisationen verpflichten ihre Mitglieder, Maßregelungen oder Belästigungen irgendwelcher Art nicht verursachen und Versetzungen zum Nachteil des davon Betroffenen zu unterlassen.
3. Versetzungen, die im Interesse gedeihlicher Betriebsführung oder organisatorischer Änderungen des Betriebes notwendig sind, stellen keine Maßregelungen vor.
4. Beide Parteien verpflichten sich, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß Privatklagen aus Anlaß des Streikes nicht erhoben werden, bereits erhobene zurückgezogen werden.

Von stürmischen Zustimmungskundgebungen begleitet, wies Berichterstatter Seidel am Schlusse der Versammlung noch darauf hin, daß die zweite Macht, die als Bollwerk gegen Unternehmerwillkür aufgerichtet ist, bei dieser Bewegung durch ihre vorbildliche Solidarität bemerkenswerten Anteil an dem Gelingen des Kampfes genommen hat, nämlich die organisierte Arbeiterschaft.

Mit einem begeisterten Hoch auf die gewerkschaftliche Solidarität wurde die Versammlung geschlossen.

Weiden. In der Vorkriegszeit hat man sich nicht mehr gewundert, wenn verschiedene Unternehmer brüskt gegen die Arbeiter vorgegangen sind. Aber heute, in einem Freistaat, erregt es doch Aufsehen und Empörung, wenn ein Unternehmer-Stellvertreter, wie Herr Seltmann jun., den „Herrimhaufe-Standpunkt“ im übergroßen Maße hervorhebt. Es gibt ja auch sozial denkende Unternehmer oder Direktoren, die solche Vorfälle, die Herrn Seltmann jun. so stark aufregen, gar nicht beachten. Es ist wirklich traurig, daß die Arbeiterschaft dazu Stellung nehmen muß und schließlich noch auf Lohn verzichtet, um zu ihrem Recht zu kommen.

Wir glauben es gerne, daß Herr Seltmann es verbietet, daß Zirkular für die Zahlstellenversammlung herumzugeben, denn er weiß ganz gut, daß in den Versammlungen seine Person zur Sprache kommt, und daß der Verband ihn hindert, daß er die Leute behandeln kann nach seinem Belieben.

Wurde einmal das Signal zum Arbeitsbeginn zu früh gegeben, so war die Folge davon, daß einige Kollegen und Kolleginnen — sage und schreibe — kaum eine Minute zu spät einpaffierten. Es wäre aber solches zu vermeiden, wenn von Seiten des Herrn Seltmann dafür gesorgt würde, daß zur richtigen Zeit gepfiffen wird. Herr Seltmann stand aber wie immer schon am Eingang und schickte die Leute wegen dieses großen Verbrechens in seinen Augen wieder heim, ja, sogar Strafe drohte er ihnen noch obendrein an. Es ist ja richtig, daß Ordnung herrschen muß, aber durch so ein Vorgehen wird es nicht besser, im Gegenteil, die Arbeiterschaft wird nur unwilliger. Dann weiter. Sehe ich letzter Tage ein Maler von seinem bisherigen Platz, der das richtige Licht zu seiner Arbeit nicht zuließ, auf einen anderen. Obwohl es im Interesse des Geschäfts lag und die Maler vom Obermaler die Erlaubnis hatten, drohte Herr Seltmann dem Kollegen, wenn er in einer halben Stunde nicht den Platz verlasse, mit Entlassung, und führte es auch durch. Die Kollegen ließen sich das aber nicht bieten und legten alle die Arbeit nieder. Sie riefen, weil Seltmann mit dem Zahlstellenvorsitzenden nicht verhandeln wollte, den Kollegen Bredow. Derselbe verhandelte dann einige Stunden mit den beiden Herren Seltmann; jedoch ohne Erfolg. Mittags hatte Bredow die Maler zusammenberufen bereitzu weiterer Stellungnahme. Es wurde aber von Seiten des Betriebsratsvorsitzenden erklärt, daß die Kündigung doch zurückgenommen würde.

Wir raten dem jungen Herrn Seltmann, es nicht aufzäußerst zu treiben, denn: Allzu straff gespannt, zerspringt der Bogen. Ob es dann für die Folge dem Betriebe von Nutzen ist, wenn fortwährend Differenzen bestehen?

Die Arbeiterschaft muß aber daraus die Lehre ziehen, daß sie mehr denn je zur Organisation stehen und die Versammlungen fleißig besuchen muß, um im gegebenen Falle solche Machinationen von einem so unsozial handelnden Manne, wie Herrn Seltmann jun., gleich energisch zu widerlegen, damit er es in Zukunft unterläßt, mit der Arbeiterschaft Schindluder zu treiben.

Versammlungsberichte

Am 4. Dezember stattgefundene Versammlung war wieder einmal sehr besucht. Einen großen Teil Schuld daran tragen die Kollegen, die auswärts wohnen, denen das Versammlungsbesuchen ganz überflüssig erscheint und demzufolge in jeder Versammlung fehlen. Den säumigen Mitgliedern sollte der Reichstaxtarif eine ernste Mahnung sein. Was wir durch unsere Gleichgültigkeit von unseren Rechten verloren haben, ist nur durch festes Zusammen-

halten und hollzählige Versammlungen wieder gutzumachen. allem protestiert die Zahlstelle gegen das Lohnabkommen. In der Zeit, wo die Preise aller Lebensnotwendigkeiten mit jeder Woche steigen, kommt diese kleine Lohnerhöhung überhaupt nicht in Betracht. Besonders großen Unwillen erregte die vierteljährliche Dauer selbst. Auf solche Abmachungen durfte sich der Hauptvorstand unserer Vertreter auf keinen Fall einlassen. Dasselbe gilt auch den Reichstaxtarif, der Paragraphen enthält, denen sich die Mitglieder nur mit Widerwillen fügen. Eine Ungerechtigkeit ist die Bemessung des Urlaubs nach der Dauer der Beschäftigung im Betrieb. Dabei wird ein großer Teil unserer Mitglieder, die ihren Arbeitsplatz zu ändern oder freiwillig verändern, niemals vollen Urlaub erhalten. Man bedenke: Der Fabrikant ist berechtigt, seinen Betrieb während der Ferien auf 10 Tage zu schließen. Diejenigen, denen nur 4 Tage Urlaub zustehen, können die anderen 6 Tage Kohldampf schmecken, dafür gibt's laut Tarif keine Vergütung. Ähnliche Bestimmungen weist auch der § 12 auf, der die Unternehmer bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen davon entbindet, für eventuelle ausfallende Arbeitszeit Vergütung zu zahlen. Wir sind der Meinung, daß in solchen Fällen die Unternehmer wohl in der Lage sind, den ausfallenden Lohn zu vergüten, besonders jetzt, wo dieselben genug Kalbtagewinne heimholen. Angesichts solcher Tatsachen muß sich jeder Arbeiter sein, daß Lohnt und Versammlungschwärmerei nicht mehr Klage sind, sondern daß wir in Zukunft ganz gehörig auf dem Posten sein müssen, damit man uns nicht wieder durch solche Abmachungen ein ganzes Jahr die Flügel bindet.

Freiberg. Bericht über die am 6. November stattgefundene Zahlstellenversammlung. Die neue Arbeitsordnung wird verlesen, die Paragraphen durchberaten. Nachdem die erste nicht angenommen wurde, erweckt auch diese zweite abgeänderte Arbeitsordnung viel Freude bei den Mitgliedern. Vor allem ist von Wohlfahrt, Sorge und hygienischen Einrichtungen nichts zu lesen. Aus dem Kassenbericht ist zu erwähnen, daß die Einnahmen in der Hauptkassa 15 127,40 Mk., die Ausgaben 12 614,42 Mk. betragen; bleibt ein Bestand von 3523,31 Mk. In der Lokalkassa betragen die Einnahmen 2989,10 Mk., die Ausgaben 2032,78 Mk.; bleibt ein Bestand von 956,32 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 280 Männliche, 227 Weibliche zusammen 507.

Dem Kartellbericht ist zu entnehmen, daß verhandelt wurde über die Kartoffelabgabe an Minderbemittelte, über Abhaltung eines Kurses für Betriebsräte, über eine Sammlung für die Arbeitslosen und über die Arbeitsruhe am 9. November. Der Kartellbericht wurde einer Aussprache unterzogen und es wurde festgestellt, daß auch die Landwirte aus unserem Bezirke erst ermahnt werden mußten, die Kartoffeln abzuliefern, und daß es oft zu heftigen Streitigkeiten in dieser Sache kam. Die Abhaltung eines Kurses für Betriebsräte wurde mit Freude begrüßt. Es ist Pflicht eines jeden Betriebsratsmitgliedes, den Kursus zu besuchen. Es wird auch unserer Fabrik eine Sammlung für die Arbeitslosen eingeleitet werden und es wird an die Mitglieder die Bitte gerichtet, ihr Scherflein beizutragen. Da wir voll arbeiten, können wohl die männlichen Mitglieder 1 Mk. und die weiblichen Mitglieder 50 Pf. mindestens spenden, um das Los der Arbeitslosen etwas zu erleichtern. Der 9. November wird als Feier- und Gedenktag gehalten werden, was einstimmig beschlossen wurde.

Ein Bericht über die Konferenz in Glauchau wird mit größtem Interesse entgegengenommen. Dieser zeigt, daß Freiberg am schlechtesten gestellt ist, daß die anderen Fabriken weit voran sind. Dieser Bericht folgte eine eifrige Aussprache.

Unter „Gewerkschaftliches“ wurden alle Mißstände einer eingehenden Aussprache unterzogen. Um den Kollegen und Kolleginnen ein besseres Los zu schaffen, ist es wünschenswert, daß in sämtlichen Abteilungen sich Personale bilden, die untereinander besser beraten können. Der neue Lohnstarif kann die Mitglieder nur wenig befriedigen; namentlich gehört Freiberg schon längst in die 1. Lohnklasse, da hier genau eine so große Teuerung herrscht, wie in den Großstädten. Es ist Sache des Hauptvorstandes, dieses zu bewerkstelligen; die Stundenlöhner sind sehr schlecht daran. Der Porzellanerwerb ist wohl einer der gesundheitlich schädlichsten, und es muß als Mindestmaß das bezahlt werden, was man für Schlosser, Zimmerleute, Tischler, Bauarbeiter usw. in anderen Verbänden zahlt.

An die Kollegen und Kolleginnen wird hiermit noch die Bitte gerichtet, die Versammlungen immer zu besuchen, die Beiträge wöchentlich richtig zu bezahlen; denn die Zeiten sind ernst und werden bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik, Aussperrungen nur diejenigen unterstützt, die ihre Beiträge in Ordnung haben.

Gräfenenthal. Die letzte Zahlstellenversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Aus der reichhaltigen Tagesordnung ist folgendes hervorgehoben: Abschluß vom 3. Quartal, Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers pro 3. Quartal, Zustimmung einer Arbeitsordnung durch die Arbeitgeber, und Arbeitsnachweisfrage. Der Kassenabschluß balanziert in Einnahme und Ausgabe bei einem Kassenbestand von 13 196,20 Mk. mit 48 252,76 Mk. Mitglieder waren am Quartalsabschluß 1885 vorhanden. Den Revisionsebericht erstattet Kollege Seel, aus dem zu ersehen war, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung sind. Dem Kassierer wird in üblicher Weise Entlastung erteilt. Den Tätigkeitsbericht pro 3. Quartal erstattet der Geschäftsführer, Kollege Erdmann. Derselbe ist äußerst arbeitsreich anzuhören und fand beifällige Aufnahme. Trotzdem vieles noch zu holen sei, machte sich im Bezirke eine Besserung bemerkbar, die sich steigern lasse, wenn die Mitglieder stetig das erforderliche Verständnis bekundeten. — Die von den Arbeitgebern gestellte Arbeitsordnung, die sich nicht viel von der früheren unterscheidet, rief stark Entrüstung hervor, da dieselbe geeignet sei, den Tarifvertrag in verschiedenen Punkten außer Kraft zu setzen. Einstimmig schloß die Versammlung das von der Unternehmenseite gestellte Ansuchen ab und schloß sich der Stellung der Betriebsratskonferenz der Porzellanarbeiter des Bezirkes Gräfenenthal an. Die Einrichtung des Arbeitsnachweises liegt hier noch sehr im argen und soll verdrängt werden durch einen eigenen Arbeitsnachweis für den Amtsgerichtsbezirk Gräfenenthal.

schaffen, da die Meldestelle nicht so tätig ist, wie sie nach der Umgebung sein sollte. Sollten die in Betracht kommenden Stellen die Zustimmung nicht geben, so soll der Frage eines Sacharbeitsnachweises näher getreten werden. Um 12 Uhr war die Tagesordnung erschöpft und Kollege Ellmer schloß die Versammlung mit dem Wunsche, die künftigen Versammlungen ebenso zahlreich zu besuchen.

Almenau. Die Zahlstellenversammlung vom 4. November war gut besucht; der stellvertretende Vorsitzende Brehme gibt Kenntnis vom Ableben des Kollegen Kleemann; die Versammelten ehren sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Vorsitzender Brehme erläutert den neuen Manteltarif und das Lohnabkommen, und bespricht besonders den § 9. Hierauf ergreift Ganleiter Apel das Wort. Er spricht aus: Zur selben Zeit, als unsere Vertreter mit den Unternehmern in Dresden wegen unseres Tarifes und des Lohnabkommens verhandelten, gaben die Spitzenorganisationen der Unternehmerverbände aller Berufe ein geheimes Rundschreiben heraus, nach dem eine Lohnerhöhung, im Gegenteil ein Lohnabbau stattfinden sollte. Apel verlas das Geheimschreiben und es löste große Entrüstung in der Versammlung aus. Unter diesem Eindruck hätten auch die ganzen Verhandlungen gestanden. Trotz aller Mühen unserer Vertreter heiterte alles an der Hartnäckigkeit der Unternehmer. Die verheißene Lohnerhöhung sei nicht dazu angetan, im Hinblick auf die minime Deckerung aller Lebens- und Bedarfsartikel, die Kollegenheit auch nur einigermaßen zu befriedigen. Apel forderte die Kollegen energisch auf, bei künftigen Lohnverhandlungen den Hauptvorstand mit Material zu versorgen, damit unsere Vertreter den Unternehmern gegenüber gewappnet seien. Apel gab weitere Neuerungen im Tarif bekannt und verwies besonders auf die neuen §§ 8, 9, 15, 19 und 60. Alles in allem müsse unseren Vertretern zugestanden werden, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen richtig gehandelt hätten durch Abschluß des vorliegenden Tarifes. An uns sei es nun, erneut vorwärts zu streben durch festes Zusammenschließen aller Porzellanarbeiter. Apels Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Kollege Kochmann erklärte, daß er seine Zustimmung zu einem solchen Lohnabkommen nicht geben könne. Kollege Herzer verwies auf die Zerrissenheit und auf die Uneinigkeit unter den Arbeitern. Wenn die Arbeiterschaft geschlossen sei, würden die Unternehmer nicht wagen, so wenig Zugeständnisse zu machen. Herzer führte weiter aus, daß eine Statistik des Dr. Kuczynski nachweise, daß Almenau die viertteuerste Stadt im Deutschen Reich sei. Damit sei bewiesen, daß Almenau eigentlich in Klasse I kommen müsse. Es lief eine Resolution ein folgenden Wortlauts:

„Die heute versammelten Porzellanarbeiter Almenaus und umgebend nehmen Kenntnis vom neuen Tarifvertrag und Lohnabkommen. Sie protestieren lebhaft und energisch gegen das allzu ungerechte Resultat der Lohnerhöhung. Wiederum zeigt sich hier, daß auf Unternehmenseite kein Verständnis für die Nöte der Arbeiterschaft vorhanden ist. Schon jetzt, lange vor Beginn des Winters, haben sich fabelhafte Preiserhöhungen bemerkbar und diesem werden die Arbeiter, dank der Großmut der Unternehmer, mit leeren Händen und leerem Magen gegenüber. Die Versammelten fordern ihren Hauptvorstand auf, bei Beendigung dieses Abkommens ernstliche Lohnforderungen zu stellen und diese rücksichtslos zu vertreten.“

Kollege Schridel spricht sein Bedauern aus darüber, daß Almenau nicht in Lohnklasse I stehe, da die Schrift des Dr. Kuczynski beweise, daß Almenau ein ganz besonders teures Pflaster sei. Auch mangelte er die Lohnunterschiede zwischen Geschirr- und Luxusgeschirr. Herzer erstattete Bericht aus der Betriebsräteversammlung und gab bekannt, daß Thüringen unter dem Major Müller (Brandenburg) eine Sicherheitspolizei bekommen soll. Weiter gab er Bericht über Krankenkassenwesen. Punkt 3 der Tagesordnung, Kassenbericht, gab der Lokalangestellte Brehme. Danach war in der Verbandskasse zu verzeichnen: Einnahme 48 157,20 Mk., Ausgabe 575,65 Mk., Bestand 6503,55 Mk. Lokalkasse: Einnahme 13 240,18 Mk., Ausgabe 9512,70 Mk., Bestand 3727,48 Mk. An die Verbandskasse abgeschickt 26 000,— Mk. Mitgliederbestand im 3. Quartal 1775, darunter 1032 Männliche, 743 Weibliche. Einen Kartellbericht erstattete Kollege Stürch. Besonders ist nicht hervorzuheben, daß der letzte Bericht in der Tagespresse veröffentlicht wurde.

Kleindembach. Am 3. Nov. gab Koll. Schindler Bericht vom Oberbundsamt. Da wir laut Schiedsspruch von Klasse 2a in Klasse 2b versetzt wurden, machte sich eine starke Entrüstung bemerkbar, die noch steigerte, als der Betriebsrat mitteilte, daß der Unternehmer Proz. abziehen will. Der Unternehmer ist der Meinung, die Leute, die der Klasse 2a angepaßt sind, nach der Klasse 2b herunterzusetzen. Kollege Schindler führte in kurzen Zügen aus, daß der Unternehmer nach § 62 des Tarifes kein Recht hat, abzuziehen, und bat die Kollegen, hiergegen Front zu machen. Wir müssen uns so schnell wie möglich mit der Ganleitung in Verbindung setzen. Kollege Lumenstein und Köhn sprechen ihre Meinung nach derselben Richtung aus. Kollege Klette mahnt zur Vorsicht und bittet, Uebergriffe zu vermeiden. Die Versammlung schließt sich den ersten Ausführungen an. Da der Kassierer nicht anwesend ist, gab den Kassenbericht Kollege Staniger, der ihn geprüft hatte. Es wurde alles in der Ordnung gefunden. Der Kassierer wurde entlastet. Unter „Erchiedenes“ wurde der Antrag gestellt, die Zahlstelle wieder dem Gewerkschaftskartell Börsned anzuschließen; dem wurde auch zugestimmt. In der am 7. November in Viena stattfindenden Konferenz soll Kollege Luthard gewählt. Es entstand noch eine längere Debatte über die Lohnklassen im Tarif. Es wird folgender Beschluß gefaßt:

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Zahlstelle Kleindembach sind entrüstet über das Festlegen von Lohnklassen. Wir bitten den Hauptvorstand ans Herz, bei künftigen Tarifverhandlungen die Lohnklasseneinteilung abzulehnen. Für uns gibt es nur eine Klasse und für Großstädte einen Zuschlag. Wir fordern sämtliche Stellen auf, gegen die Lohnklasseneinteilung Protest zu erheben.

Anmerkung: Die Lohnklasseneinteilung (Orts- und Altersklassen) ist bestehender Tarifzustand, an dem während der Geltungsdauer des Tarifes nichts zu ändern ist. Daran ändern auch alle Proteste nichts. Von weiteren Ausführungen, die sich hierzu machen ließen, soll abgesehen werden.

Selb. Die am 11. Nov. in der „Zentralhalle“ stattgefundene Zahlstellenversammlung stand unter dem Zeichen des Bierbrototts und fand ohne jeden Bierauschank statt, was jedoch nur der Aufmerksamkeit der Besucher zugute kam. Unter Geschäftlichem wurde abermals darauf aufmerksam gemacht, daß die rechtzeitige Krankmeldung zum Bezug des Krankengeldes unbedingt erforderlich ist. Desgleichen wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß durch die Vertrauensleute in kurzen Zeitabständen eine durchgreifende Bücherkontrolle vorzunehmen ist, um das Nestwesen hintanzuhalten. Damit wird auch gleichzeitig eine volle Uebersicht über die Organisationszugehörigkeit geschaffen. Es ist streng darauf zu achten, daß die Mitglieder die Beiträge in der Höhe leisten, wie dies durch die Mitgliederabstimmung festgelegt wurde.

Bezüglich des Streiks der Angestellten wurde ein kurzer übersichtlicher Bericht gegeben und dabei auf die Ausnahmestellung des Rosenthalkonzerns verwiesen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Aussprache über den neuen Tarifvertrag, der in seinem überwiegendsten Teil eine stark abfällige Kritik fand. Die Stimmung der Versammlung fand ihren Ausdruck in folgender Resolution:

„Die heutige Zahlstellenversammlung erklärt den vorliegenden Tarifvertrag sowohl im materiellen Teil, als auch den Mantelvertrag als durchaus unbefriedigend und ist von dem Ergebnis der langwierigen Verhandlungen auf das tiefste enttäuscht. Es ist besonders der frühere § 12 eine unbedingte Verschlechterung. Auch mit den Bestimmungen über Urlaub können wir uns nicht einverstanden erklären. Insbesondere ist es immer noch nicht gelungen, die Dauer des Urlaubs nach der Beschäftigungsdauer im Beruf, statt nach der im Betrieb festzulegen. Auch die Höchstdauer desurlaubes nach 25 Jahren (wieviel Porzellaner kommen in diese glückliche Lage?) ist nicht genügend, um die Schäden des Berufes zu mildern. Die von den Unternehmern zugestandenen Lohnerhöhungen entsprechen in keiner Weise den täglich sprunghaft steigenden Kosten der Lebenshaltung. Wir verlangen mit aller Entschiedenheit die Kündigung des Lohnabkommens zum ersten Termin. Es muß endlich möglich sein, die Löhne so hoch zu bringen, daß eine Existenzmöglichkeit auch für die lange genug ausgebeuteten Porzellanarbeiter errungen wird. Daß die Unternehmer in der Porzellanindustrie erheblich höhere Löhne zahlen können, dürfte auch der geschickteste Unternehmerröbling angesichts der veröffentlichten Bilanzen nicht zu bestreiten wagen. Und mit welchem Raffinement werden diese Bilanzen aufgebaut und frisiert. Trotzdem faßt selbst den Unkundigen eine Ahnung, was für Riesengewinne da verschleiert werden. Für diese Industrie ist der Ruf nach Sozialisierung genau so berechtigt, wie für den Bergbau; diese Industrie ist lange reif dafür, und wir werden die Sozialisierung der Porzellanindustrie mit allen Mitteln betreiben. Ferner müssen endlich auch die Jugendlichen unter 16 Jahren in den Schutz des Vertrages einbezogen werden, denn diese brauchen den Schutz am nötigsten. Wir sind überzeugt, daß unsere Vertreter, wie der Hauptvorstand ihre volle Pflicht getan haben, verlangen aber gleichwohl, von unserem Hauptvorstand, die Anwendung auch des schärfsten Mittels nicht zu unterlassen, um Verbesserungen der Lage der Porzellanarbeiter zu erreichen. Auch muß Selb, da es nach den amtlichen Indizes der teuerste Ort Bayerns ist, teurer als München und Nürnberg, unbedingt in Erstklasse I kommen.“

Vorstehende Resolution wurde einstimmig angenommen und die Verwaltung beauftragt, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen zur Durchführung der aufgestellten Forderungen. Hierauf legte der Kassierer den Abschluß des 3. Quartals vor. Verbandskasse: Einnahme 117 717,75 Mk., Ausgabe 50 611,59 Mk., Bestand 67 106,16 Mk. Lokalkasse: Einnahme 32 565,59 Mk., Ausgabe 18 931,95 Mk., Bestand 13 633,64 Mk. Mitgliederzahl 3507, davon 1330 Männliche und 1677 Weibliche. Der Abschluß wurde durch die Revisoren eingehend geprüft und Bücher, Kasse und Belege in Ordnung befunden, worauf nach Antrag der Revisoren Entlastung erteilt wird.

In vorgerückter Stunde erhielt Kollege Poeseneder das Wort zu seinem Vortrag über die wesentlichen Bestimmungen der Krankenkassenversicherung. Das reiche Material konnte vom Kollegen Poeseneder nur ganz kurz gestreift werden. Trotzdem wird mancher Hörer auf unbekannte Rechte aufmerksam gemacht worden sein. Nebenfalls ist das Bedürfnis nach aufklärenden Vorträgen in den Kreisen der Mitglieder vorhanden und kann auch befriedigt werden.

Literarisches.

In Waters Hosen. Lustige Geschichten von Th. Thomas. Preis 8,— Mk. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“. Die heiteren Geschichten von Theodor Thomas, die der Vorwärtsverlag in diesem Band zusammengestellt hat, unterscheiden sich von dem sonst auf dem Büchermarkt zu findenden „Humor“ in recht wirksamer Weise. Der Verfasser ist ein Gewerkschaftskollege, er steht dem Leben nahe, das macht die Geschichten so anziehend, weil wir hier keinen mit den Haaren herbeigezogenen Witzen vorgesetzt bekommen, sondern eine feine, oft ironisch wirkende Sammlung von Erlebnissen, die uns belustigt, trotz der überall anklingenden sozialen Nöte. Man merkt es diesen Geschichten an: ihr Verfasser will nicht bloß lachen machen, er will vor allem unsere Augen auf gewisse Dinge lenken, die er uns hier von der heiteren Seite zeigt, die aber zu ernstem Nachdenken veranlassen. Die Scherzgeschichten sind einfach köstlich, sie allein sind wert, daß man sich das Büchlein kauft, liest und immer wieder liest; sie seinen Kindern gibt, um Jungen und Alten lustige Stunden zu bereiten. Es sind Streiche, die von Wilhelm Busch ausgedacht sein könnten, statt der Bilder eine lebhaft e Sprache, die oft auserwählter Scherz in ihrer Frische wirkt. Wir möchten, daß sich alle unsere Kollegen das lustige Buch zulegen, sie werden es nicht bereuen.

Bur Beachtung für die Zahlstellenassierer!

Die (graue) Zählkarte für die Arbeitslosenzählung pro November ist am Stichtage, Sonnabend, den 27. November, auszufüllen und bis spätestens 3. Dezember einzusenden.

Für den Monat Oktober sandten diese Zählkarte zu spät ein, so daß sie bei der Aufrechnung nicht mitgezählt werden konnte: Chemnitz, Oberhausen, Roschütz, Selb.

Gar keine Zählkarte sandten v. Amberg, Vahrenth, Eisenach, Farge, Freienorla, Greußen, Kaphütte, Leipzig, Mäbendorf, Osterode, Preßig, Rauenstein, Schönwald, Steinbach, St. Georgen, Schwarzenberg, Wallhausen.

Das Verbandsbureau.

Verichtigung.

In der in Nr. 47 der „Ameise“ veröffentlichten Bekanntmachung des Verbandsbureaus, betreffend Neuwahl der Verwaltungen für das Jahr 1921, ist gesagt, daß der Vorsitzende, Schriftführer, Kassierer und auch die Wähler per Stimmzettel zu wählen sind. Das ist nicht zutreffend, da nach den Bestimmungen des neuen Statuts die Vornahme der Wahlen per Stimmzettel nicht mehr vorgeschrieben ist.

Das Verbandsbureau.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin-Charlottenburg. Figurenbranche. Mittwoch, den 1. Dezember, abends 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Funktionäre, Branchenleiter, Betriebsoblaute. Freitag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Gräfenhain. Montag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im „Schießhaus“.

Magdeburg. Donnerstag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, im Wintergarten, Friedrichsplatz (großer Saal). Verwaltungswahl.

Schleusingen. Montag, den 6. Dezember, abends 5 Uhr, im „Schießhaus“.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Weiden. Montag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, in der „Sonne“. Generalversammlung.

Aufruf.

Der in Nr. 47 der „Ameise“ veröffentlichte Aufruf zu Sammlungen für die Mitglieder der Zahlstelle Waldenburg soll außer den bereits genannten Kollegen Hermann Renner und Philipp Wichert noch die beiden Kollegen August Kirchner und Wilhelm Gabling umfassen. Durch ein Versehen sind die Namen der beiden Vorgenannten in voriger Nummer nicht mit veröffentlicht worden.

Gelder sind an den Geschäftsführer Adolf Hillmer, Waldenburg i. Schleif., Hochwaldstr. 10, zu senden.

Aufruf.

Unser Verbandskollege Clemens Göpel, Vater von vier Kindern und taubstumm, verunglückte im April d. J., so daß ihm das linke Bein bis zum Knie amputiert werden mußte. G. befindet sich, weil bis heute noch arbeitsunfähig, in großer Not. Wir bitten edelbedenkende Kollegen, mitzuhelfen an der Unterstützung des Bedauernswerten.

Gelder wolle man an unseren Kassierer Richard Ulrich, Viehla b. Elsterwerda, Berlinerstr. 191, senden.

Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Für die Zahlstelle Elsterwerda. Der Vorsitzende: Alfred Günther.

Sterbetafel.

Großbreitenbach. Bruno Büttner, Brenner, geboren am 13. November 1895, gestorben am 3. November an Influenza. Mitglied seit 1919.

Ehre seinem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Tüchtiger lediger Plattenstecher, der auch im Rändern von Hotelgeschirren verfertigt ist, per sofort gesucht.

o. H. Benninger, Mannheim.

Herrnleutnant, 20-25 Jahre alt, aus anständiger Familie, kann in ein Industrie- oder Handelsunternehmen einheiraten. Bevorzugt werden Bewerber aus Thüringen und vom Lande. Angebote sind zu richten an:

Herrnleutnant, Hombach b. Sonneberg (Thüringen).

Tüchtiger Tischler- und Freidreher für Hochspannungsmotoren gesucht von Porzellanfabrik Norden A/S, Rönneboen. Besondere Preise bezahlt. Offerten mit Zeugnisabschriften an obengenannte Adresse erbitten.

Tüchtige Bohrmeister in dauernde Stellung gesucht.

H. Rori, Krefeld-Königsplatz 10.

Bum sofortigen Eintritt werden einige jüngere, ledige Stützegehilfen für Zeller, Tassen, Schüsseln, Tumpen usw. gesucht. Angebote möglichst mit Zeugnisabschriften erbeten unter Chiffre St. 1.

Tüchtiger Schleifer für sofort gesucht.

Porzellan-Manufaktur „Union“, Edmund Quisling, Kleinbembach, S.-Weim.

Einige Zeller- und Schalenbreher zum sofortigen Eintritt in die Blankenhainer Porzellanfabrik, C. & E. Carstens, Blankenhain i. Thür.

Malers, 35 Jahre alt, verh., firm in Dekor, Fond, Staffage, Wand, Band, Stempel, sucht Stellung auf besseren Export. Suchen ist auch bereit, in einem der Porzellanmalerei verwandten Beruf Arbeit anzunehmen.

Offerten mit Lohnangabe unter J. R. an die Redaktion „Ameise“ erbeten.

Gelernter Porzellanschleifer, ledig, eingearbeitet in allen vorkommenden Schleifereiarbeiten, sucht Stellung in einer Porzellanfabrik. — Eintritt kann sofort erfolgen.

Angebote unter Chiffre O. P. an die Geschäftsstelle „Ameise“ erbeten.

Energischer tüchtiger Oberbrenner sucht leitende Stellung für Brennhaus, Glühboden, Glasurerei. Event. auch als selbständiger erster Brenner.

Angebote unter H. F. an die „Ameise“ erbeten.

Wir suchen tüchtigen Mobellieur für Figuren, auch als Nebeschäftigung.

Derbenich & Sari, Rassel, Karlstr. 4, Werkstätten plastischer Bildwerke.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Mische — Pinsel — Flaschen — Malrücken usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Mische, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden in Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Abfälle. Beste Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Goldschmelzerei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen. Schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Hüttenjunker-Segelstichschuhe, Lederstich u. Zwickel. — Recht vorteilhaft kaufen Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Zwickelstich. Eämtl. Lederschuhwaren in nur guten Qualität, billigst. Bei Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammlaufträgen entspr. Rabatt.

R. Alene, Schuhverwand u. Pantoffelfabrik, Weißwasser (C.-L.).

Die neueste Verschlechterung des Marktfurze bedingt sofortigen Schwammekauf!

Offerierte hierdurch Bismocca-Levantine Schwämme zu 4 bis 10, 15, 20 bis 40 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brenner, Druckerei; Hartheadschwämme, runde Form, klein, 100 Stück 125 Mk., mittlere 100 Stück 550 Mk., mittlere Hartheadschwämme, flache Form, gepreßt, das Kilo, 80 Stück enthaltend, 200 Mk.; für Steingutfabriken große, billige, weiche Bismocca 10 bis 15 Mk. pro Stück; große Hartheadschwämme, gepreßt, das Kilo, 35 bis 40 Stück enthaltend, 350 Mk. Prima echte „Elephantenohren“, 700 Mk. pro Kilo. Abgabe einzelner Schwämme oder Ansichtsendungen nicht möglich.

H. Michelssohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 4.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Gepr.
1895.
Beste
Bedien.



Gold,
Platina,
Silber-
preis
auf
Anfrage

Glanz- und Poliergold

kauft, auch kleinstes Quantum. Selbstverbraucher reelle Bedienung. Max Klingler, Porzellanmaler, Münzer u. Westf., Frauenstr. 41.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verm. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.